

Andreas Coenen

Bismarck

Persönlichkeit – Wirkung – Nachwirkung

Historischer Ort

„Am Anfang war Bismarck.“ Mit dieser provokanten These charakterisierte der Historiker Thomas Nipperdey Bismarcks zentrale Rolle im Kontext der Reichsgründung und des politischen Geschehens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland.

Aus der Perspektive eines gesellschafts- und strukturgeschichtlichen Ansatzes erschien diese Annahme als eine unhaltbare Verengung im Sinne einer personalistischen Geschichtsdeutung, hinter der sich insgeheim eine stille Verehrung des Politikers und Staatsmannes Bismarck verberge. Der Hauptvertreter des historischen Ansatzes, Hans-Ulrich Wehler, sah im Deutschen Kaiserreich von 1871 einen pseudokonstitutionellen Semiabsolutismus realisiert. Bismarck habe ein bonapartistisches Diktatorialregime geleitet. Aus dieser Sicht fungierte Bismarck als Vollzugsorgan bestehender politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und nicht als deren unverwechselbarer Gestalter. Dies impliziert eine Kritik an den undemokratischen Strukturen der damaligen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung.

Um Bismarcks Rolle in der deutschen Geschichte bewerten zu können, erscheint es sinnvoll, zwischen seinem politischen Wirken und seiner nachträglichen Mythologisierung respektive politischen Instrumentalisierung zu unterscheiden. Insbesondere der langlebige Bismarck-Mythos verstellte den nüchternen Blick auf diese politische Schlüsselfigur des 19. Jahrhunderts und war häufig der Hintergrund historischer Kontroversen. Ein Blick auf Bismarcks Biografie soll seine zentralen politischen

Handlungsmotive und -maximen verdeutlichen.

Biografischer Hintergrund und Staatsverständnis

Otto von Bismarck wurde 1815 in eine altmärkische Adelsfamilie hineingebohren. Treue zum König und Festhalten an der monarchischen Grundordnung in Staat und Gesellschaft waren Konstanten im ländlich-aristokratischen Milieu dieser Zeit. Diese Prägung bestimmte Bismarcks Handeln über die gesamte Zeit seiner politischen Laufbahn.

Das politische Urerlebnis Bismarcks war die Revolution von 1848. In ihr wurde deutlich, dass die monarchische Ordnung durch die zunehmenden Kräfte des Liberalismus und Nationalismus herausgefordert und in ihrem Bestand gefährdet war. Bismarck trat in Preußen als entschiedener Verfechter der Gegenrevolution auf. Doch anders als vielen seiner aristokratischen Standesgenossen war ihm klar, dass das meternichsche System der Kontrolle und Unterdrückung nationaler und liberaler politischer Bestrebungen keine Zukunft mehr hatte. Nur durch die Einbindung der liberalen und nationalen Kräfte in die Verfassungsordnung war die monarchische Ordnung überlebensfähig. Bismarck war ein „weißer Revolutionär“. Seine politischen Ziele waren und blieben monarchisch-konservativ, seine Mittel und Methoden waren hingegen geradezu revolutionär. Nipperdey sprach in diesem Zusammenhang von der Modernität der bismarckschen Modernitätsbarrieren. Der Vorwurf, Bismarcks Politik und der von ihm wesentlich mitgestalteten Verfassungsordnung habe es trotz eines modernen Wahlrechts an demokratischen Ele-

menten gemangelt, ist anachronistisch und übersieht zugleich Bismarcks zentrales politisches Ziel: die Konservierung bzw. Restabilisierung der monarchischen Ordnung.

Am Ende seines Lebens hatte auch Bismarck Zweifel, ob die monarchische Ordnung trotz Modernisierung dauerhaft überlebensfähig sei. Aus dieser Ordnung ausbrechen konnte und wollte er nicht. In seinem politischen Handeln war er, bedingt durch die Verfassungsordnung, auf das Vertrauen des Monarchen angewiesen. Eine Parlamentarisierung oder gar Demokratisierung Preußens und Deutschlands war aus seiner Position heraus weder gewünscht noch möglich. Erst der Weltkrieg und die anschließende Revolution machten in Deutschland den Weg für eine demokratische Ordnung frei.

Bismarck und die Verfassungsordnung

Die vom preußischen König oktroyierte Verfassung war eine Reaktion auf die Verfassungsforderung der Liberalen aus der Zeit des Vormärz und den Gang der Ereignisse in der Revolution von 1848. Trotz der erfolgreichen Gegenrevolution sah sich der Monarch nach 1848 genötigt, das autokratische Regime zu beenden. Den Intentionen nach war die Verfassung eine Konstitution zu den Bedingungen der Monarchie. Dennoch erwies sich das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses als wirksamer Machthebel.

An der Frage der Finanzierung des Ausbaus des preußischen Heeres entzündete sich zwischen König und Parlament Anfang der 60er-Jahre des 19. Jahrhunderts ein Verfassungskonflikt um die Vormachtstellung im Staat. In

dieser Drucksituation ernannte der preußische König Bismarck zum Ministerpräsidenten. Der gelernte Diplomat galt vielen Zeitgenossen als „letzter Bolzen der Reaktion“. Die anfänglichen politischen Handlungen Bismarcks schienen dieses Urteil zu bestätigen. In seiner berühmten „Eisen und Blut“-Rede zeigte er unverhohlen sein Gesicht als Machtpolitiker, der bereit war, das Verfassungsrecht für die monarchische Staatsraison zu beugen. Aus Bismarcks Sicht existierte eine Verfassungslücke, die es der Regierung nicht nur erlaubte, sondern ihr sogar zwingend gebot, auch ohne parlamentarisch genehmigten Haushalt Steuern zu erheben und Staatsausgaben zu tätigen. Mittels dieser verfassungsrechtlich kaum haltbaren „Lückentheorie“ wurde die preußische Heeresreform gegen den Willen der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus finanziert und umgesetzt.

Bismarck verfolgte im Heeres- und Verfassungskonflikt eine Doppelstrategie. Einerseits machte er deutlich, dass er bereit war, die Rechte des preußischen Monarchen bis an den Rand des Verfassungsbruchs zu verteidigen, um eine Parlamentarisierung des Staates abzuwehren. Andererseits schuf er mit der widerrechtlichen Durchsetzung der Heeresreform das militärische Instrument, welches die Einigungskriege siegreich bestand und damit die „deutsche Frage“ löste. Dass die „deutsche Frage“ nicht mehr von der politischen Agenda zu streichen war, wie dies die deutschen Bundesstaaten vor 1848 mit diversen polizeistaatlichen Maßnahmen erfolglos versucht hatten, leuchtete Bismarck ein. War die „deutsche Frage“ nicht zu unterdrücken, so musste sie laut Bismarck möglichst im Sinne der preußischen Monarchie gelöst werden. Die Reichsgründung von 1871 – ein Bund deutscher Fürsten mit einem verfassungsrechtlich verankerten Übergewicht Preußens im Rahmen einer kleindeutschen Lösung – war ein Ergebnis in diesem Sinne.

Mit der nachträglichen Bewilligung der in den 60er-Jahren nicht verfassungskonform behandelten Staatshaushalte gelang Bismarck ein entscheidender Schlag gegen den preußischen und spä-

ter deutschen Liberalismus. Die Rechtsliberalen zeigten sich mit der bismarckschen Lösung der „deutschen Frage“ zufrieden und fungierten in den 70er-Jahren als parlamentarische Juniorpartner des Reichskanzlers. Dagegen verblieb der linke Flügel der Liberalen im Oppositionslager und betonte, dass die zu Bismarcks Bedingungen erreichte Einheit Deutschlands eine Einheit ohne Freiheit sei.

Mit der Spaltung des deutschen Liberalismus erreichte Bismarck ein entscheidendes politisches Ziel. Die Schwächung des fortan in zwei Flügel geteilten Liberalismus stabilisierte und stärkte das monarchische System und band große Teile der parlamentarischen Kräfte in die bestehende Ordnung ein. In diesem Kontext ist auch die Einführung des für 1871 zukunftsweisenden Reichstagswahlrechts zu sehen. Anders als vom preußischen Dreiklassenwahlrecht, welches entgegen den ursprünglichen Intentionen der Monarchie den Liberalismus stärkte, versprach sich Bismarck vom neuen Reichstagswahlrecht eine Stärkung der konservativen Kräfte. Sein Kalkül ging nicht auf. Zwar erreichten die Liberalen im Reichstag keine Mehrheit, aber ein konservativ-monarchisches Übergewicht stellte sich auch nicht ein.

Schon die Zeitgenossen erkannten, dass Bismarck in der Verfassungsordnung von 1871 eine Schlüsselstellung einnahm. Auffällig ist, dass in der Reichsverfassung nur der Kanzler einen Ministerrang innehatte, während die Ressortleiter nur Staatssekretäre waren. Dagegen war der Ministerpräsident von Preußen innerhalb seiner Ministerkollegen nur Primus inter Pares. Dies stärkte die Stellung des Reichskanzlers erheblich.

Abhängig war und blieb Bismarck von der Gunst des Monarchen. Der König bzw. der Kaiser hatte qua Verfassung das Recht, den Ministerpräsidenten bzw. den Reichskanzler zu ernennen und jederzeit zu entlassen. De facto konnte der Regierungschef seine Position gegenüber dem Monarchen nur durch politische Erfolge in der Auseinandersetzung mit dem Parlament stärken. Die Prärogative des Monarchen gegen parlamentarische Angriffe zu

verteidigen war eine zentrale Erfordernis für jeden Regierungschef in einer konstitutionellen Monarchie. In dieser Hinsicht war Bismarck sehr lange erfolgreich und machte sich für den Monarchen nahezu unersetzlich. Auf dem Höhepunkt seiner Macht schreckte er auch vor dem Mittel der Rücktrittsdrohung gegenüber dem Monarchen nicht zurück, um einzelne politische Forderungen durchsetzen zu können. Dies veranlasste Wilhelm I. zu der Aussage, es sei nicht leicht, unter Bismarck Kaiser zu sein.

Auch den Hofhistorikern der Hohenzollern fiel es schwer, die Fiktion eines politisch handlungsstarken Kaisers, der von Bismarck unterstützt wurde, aufrechtzuerhalten. Im Gespann Wilhelm I. und Bismarck nahm – für eine breite Öffentlichkeit sichtbar – der Kanzler den dominanten Part ein. Der Versuch Wilhelms II., seinen Großvater als „Wilhelm den Großen“ in der deutschen Geschichte zu implementieren, konnte vor diesem Hintergrund nur scheitern. Die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ist auch als ein Emanzipationsversuch des jungen Hohenzollernkaisers gegen das übermächtige Bild des alternden Reichskanzlers in der deutschen Politik und Gesellschaft zu verstehen.

Bismarck und die „Reichsfeinde“
Auch nach der Reichsgründung hielt Bismarck an seinem Konzept der politischen Doppelstrategie fest. Exemplarisch kann dies am Kampf gegen die Sozialdemokratie verdeutlicht werden. Die fortschreitende Industrialisierung verschaffte der sozialen Frage in Deutschland eine zunehmende Brisanz. Die politische Vertretung der Arbeiterschaft – die Sozialdemokratie – verfolgte während der Bismarckzeit hinsichtlich Staat und Gesellschaft revolutionäre Ziele, die Bismarcks Weltsicht grundlegend zuwiderliefen. Bismarck negierte die soziale Frage nicht und erkannte viele Anliegen der Arbeiterschaft als berechtigt an. U.a. christliche und aristokratisch-patriarchale Motive bewogen ihn zu einer für die damalige Zeit völlig neuartigen Sozialstaatspolitik, um die Arbeiterschaft von der Sozial-

demokratie politisch zu isolieren. Auf der anderen Seite bekämpfte er die Sozialdemokratie mit gesetzgeberischen und polizeistaatlichen Mitteln, die an den Deutschen Bund während der „Demagogenverfolgung“ erinnerten. Dahinter verbarg sich neben dem Ziel der Ausschaltung der Sozialdemokratie und der Bindung der Arbeiterschaft an den bestehenden Staat und seine politische Ordnung ein weiteres Kalkül: Die konservativ-nationalliberale Mehrheit im Reichstag, mit der Bismarck in den 70er-Jahren seine Gesetzesvorhaben durchgebracht hatte, bröckelte. Gleichzeitig erstarkte der politische Katholizismus, den Bismarck kurz zuvor noch im Rahmen des „Kulturkampfes“ beseitigen wollte. Die sich verändernden Machtverhältnisse im politischen Spektrum veranlassten Bismarck zur sogenannten „konservativen Wende“. Fortan arbeitete er mit den Konservativen und der Zentrums- partei zusammen und ließ die ohnehin geschwächten Liberalen fallen. Mit der neuen Mehrheit verabschiedete er das „Sozialistengesetz“.

Bismarck instrumentalisierte die Angst vor der sozialen Revolution zur Disziplinierung des bürgerlichen Parteienlagers im Sinne der monarchischen Ordnung. Die Juniorpartnerschaft der bürgerlichen Parteien mit der monarchischen Ordnung versprach politische Teilhabe und Sicherheit vor „Umsturz“, verlangte dafür aber Loyalität gegenüber dem bestehenden System.

Ein Ziel erreichte Bismarck nicht: Arbeiterschaft und Sozialdemokratie waren nicht zu trennen. Im Gegenteil – trotz Verfolgung und Drangsalierung nahm die Sozialdemokratie an Stärke zu. Wilhelm II. schlug demgegenüber anfänglich eine neue Politik ein. Er wollte der „Kaiser der Arbeiter“ sein. Auch diese Neuorientierung war ein Grund für Bismarcks Entlassung 1890. Bismarcks Verhalten gegenüber Reichstag und Parteien wirkte sich auf die politische Kultur in Deutschland im negativen Sinne stilbildend aus. Mit Reichstagsauflösung drohte und agierte er, missliebige politische Parteien wurden sanktioniert und bislang Verbündete aus opportunistischen Gründen fallengelassen. Langfristig schade-

te dies dem Parlamentarismus und der Demokratie in Deutschland.

Auch wenn diese Feststellung zutrifft, taugt sie nicht als Kritikpunkt an Bismarck. Seine Messlatte war die Stabilisierung und Modernisierung des monarchischen Systems. Dies ist ihm, gemessen an der Ausgangssituation nach der Revolution von 1848 und dem Verfassungskonflikt in Preußen, weitgehend gelungen.

Bismarck und die Außenpolitik

Die Einigungskriege entschieden den deutschen Dualismus zugunsten Preußens und ebneten den Weg zur kleindeutschen Lösung unter preußischer Führung. Krieg war in Bismarcks Denken ein Mittel der Politik. Wenn eine absehbare Chance bestand, durch einen Waffengang die Position Preußens zu stärken, war er bereit, das Risiko einzugehen.

Auch nach der Reichsgründung 1871 gab Bismarck diese Position nicht auf. Doch die geopolitische Lage Deutschlands und sein gestiegenes machtpolitisches Gewicht veränderten sein Kalkül grundlegend. Bismarck erkannte, dass Preußen-Deutschland in künftigen europäischen Kriegen nichts gewinnen konnte. Dem Erlangen einer Hegemonialstellung auf dem Kontinent würden die übrigen europäischen Großmächte zeitig einen Riegel vorschieben. Vor diesem Hintergrund ist seine Aussage, das Deutsche Reich sei saturiert und habe keine weitergehenden territorialen Ansprüche in Europa, zu verstehen. Sein Ziel war es, die Entstehung eines Bündnissystems gegen Deutschland zu verhindern. Gegen eine Koalition europäischer Großmächte konnte auch Deutschland als stärkste Einzelmacht des Kontinents in einem Zwei- oder Mehrfrontenkrieg militärisch nicht bestehen. Die Richtigkeit dieser Annahme bewies später der Ausgang des Ersten Weltkrieges.

Ein wesentlicher Teil einer möglichen Koalition gegen Deutschland stand schon 1871 fest. Die aus nationalpolitischen und militärischen Gründen erfolgte Annexion Elsass-Lothringens erwies sich als eine dauerhafte außenpolitische Hypothek für den jungen National-

staat. Die französischen „Revancheabsichten“ mussten als Konstante in der deutschen Außenpolitik berücksichtigt werden. Anders als nach dem Krieg mit Österreich – dort waren keine Annexionen erfolgt – war eine Aussöhnung mit Frankreich im internationalen politischen Denken der Bismarckzeit nicht möglich.

Die Annexion Elsass-Lothringens war Bismarcks schwerster außenpolitischer Fehler. Alle diplomatischen Bemühungen und außenpolitischen Erfolge der Zeit nach 1871 vermochten diesen Fehler nicht nachhaltig zu kompensieren. Der Zusammenbruch des bismarckschen Bündnissystems war demnach nicht allein der wilhelminischen Weltpolitik nach 1890 geschuldet.

Der Bismarck-Mythos

Bismarcks Entlassung wurde nicht nur aus der Rückschau als eine Zäsur für die deutsche und europäische Politik empfunden. Schon die Zeitgenossen teilten – wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive – dieses Urteil. Bereits zu seinen Lebzeiten entstand ein Mythos um den Altkanzler, der nachfolgende Politiker als Epigonen erscheinen ließ. Gedichte priesen ihn, Denkmäler für seine Person schossen in ganz Deutschland aus dem Boden, als sei die Bismarckzeit Deutschlands „goldenes Zeitalter“ gewesen. Außen- und innenpolitische Fehler seiner Amtszeit wurden von seinen zahlreichen Verehrern nicht thematisiert. Der Bismarck-Mythos enthielt Elemente einer charismatischen Führerschaft im Sinne Max Webers. Die Sehnsucht nach dem „starken Mann“ belastete die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Deutschland und bereitete dem nationalsozialistischen Führerprinzip den Boden.

In der Weimarer Zeit erreichte die Instrumentalisierung des Bismarck-Mythos durch die Rechtsparteien als politisches Kampfmittel gegen die Republik ihren Höhepunkt.

Die Langlebigkeit der Mythologisierung des Reichsgründers belegt die Tatsache, dass noch Mitte der 50er-Jahre die relative Mehrheit der Deutschen im Rahmen einer demoskopischen Erhe-

bung auf die Frage „Welcher Deutsche hat Ihrer Ansicht nach am meisten für Deutschland getan?“ mit „Bismarck“ antwortete.

Der linke Paradigmenwechsel im Westdeutschland der 60er- und 70er-Jahre führte zum Bruch mit der Bismarcktradition. Nach einer in dieser Zeit verbreiteten Ansicht sollte die Bundesrepublik im Gegensatz zu Bismarck, der die deutsche Einheit auf Kosten der Freiheit erreicht habe, anerkennen, dass das Prinzip der politischen Freiheit weit wichtiger sei als der Wunsch nach Wiedervereinigung. Bismarck als „Vater des deutschen Nationalstaats“, verlor in diesem Kontext seine Bedeutung als politischer Leitstern. Bismarck war kein Teil der freiheitlichen Tradition, auf deren Grundlage die Bundesrepublik errichtet worden war. Diese geschichtspolitische Zäsur führte dazu, dass die Ordnung der Bismarckzeit von

der Mehrheit der Deutschen als politisches Vorbild abgelehnt wurde.

Eine nach der Wiedervereinigung anfänglich von einigen Historikern befürchtete Rückkehr zu den Traditionen des Bismarckreiches erwies sich als gegenstandslos. Die Unterschiede zwischen 1871 und 1990 sprangen ins Auge. Ein Wiederaufleben des Bismarck-Mythos im Zusammenhang mit einem neuen deutschen Nationalismus ist bis in die Gegenwart hinein nicht zu erkennen. Dem Bismarck-Mythos kommt als politischer Waffe der Rechten keine Bedeutung mehr zu.

Bismarck bemühte sich, die konservativen Grundlagen der preußisch-deutschen Monarchie dauerhaft zu festigen und eine Fortentwicklung dieser Ordnung in ein parlamentarisch-liberales System zu verhindern. Die Hypotheken, die Bismarck dem deutschen Nationalstaat aufbürdete, wogen

schwer; ein zwangsläufiges Scheitern dieses Systems musste jedoch nicht unbedingt die Folge sein. Dieses würde einen Determinismus voraussetzen, der Bismarcks politischen Nachfolgern keinen Handlungsspielraum gelassen hätte. Eine Kurskorrektur wäre jedoch möglich gewesen. Dass die Chancen nicht genutzt wurden, wird man nicht mehr Bismarck anlasten können. Vergleichbares gilt für den Bismarck-Mythos. Hier wurde die Figur Bismarck für Ziele der politischen Rechten instrumentalisiert, mit denen sich der Politiker Bismarck schwerlich identifiziert hätte.

Bismarck gehört nun der Geschichte an, sodass wir seine Leistungen und Fehler heute vorurteilsfreier in den Blick nehmen können als vergangene Generationen.

Kompetenzerweiterungen

Sachkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler

1. lernen Eckdaten und den biografischen Hintergrund des Politikers Bismarck kennen,
2. analysieren die Gedankenwelt und das Politikverständnis Bismarcks,
3. lernen Schlüsselbegriffe zur bismarckschen Politikpraxis kennen (z.B. „Eisen und Blut“; „Lückentheorie“),
4. untersuchen unterschiedliche historische Bewertungen (Hans-Ulrich Wehler/Thomas Nipperdey) der Verfassungsordnung des Deutschen Kaiserreiches von 1871,
5. analysieren die spezifische Rolle Bismarcks im Verfassungsgefüge,
6. setzen sich mit den Motiven Bismarcks hinsichtlich seines Kampfes gegen die Sozialdemokratie und mit der Sozialgesetzgebung kritisch auseinander,
7. erkennen Grundzüge der Herrschaftstechnik und Doppelstrategie Bismarcks („teile und herrsche“),

8. interpretieren die Annexion Elsass-Lothringens als zentrale außenpolitische Fehlentscheidung Bismarcks,
9. erkennen in der geopolitischen Lage Deutschlands einen Schlüssel zum Verständnis der Außenpolitik des Reichskanzlers nach 1871,
10. verstehen den Bismarck-Mythos als ein politisches Instrument der Rechten im Kampf gegen die Weimarer Republik,
11. lernen anhand des Verhältnisses Bismarck – Wilhelm I. zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit zu unterscheiden,
12. setzen sich mit der Langlebigkeit und Wirksamkeit politischer Mythen auseinander,

Methodenkompetenz

13. vertiefen ihre Fähigkeiten im Umgang mit diversen historischen Quellengattungen (Rede, Karikatur, Plakat, Gedicht, Leitartikel),
14. festigen ihre Fähigkeiten zur arbeitsteiligen Gruppenarbeit und zur Präsentation von Arbeitsergebnissen,

15. vertiefen insbesondere ihre Methodenkenntnisse zur Interpretation von Karikaturen,
16. nutzen das Internet zur Beschaffung von Informationen über die historische Person Bismarck,

Urteilskompetenz

17. bewerten die Verfassungsordnung von 1871 und die Rolle Bismarcks als politische Schlüsselfigur,
18. beurteilen Bismarcks Herrschaftstechnik und sein Verfassungsverständnis,
19. werten den Bismarck-Mythos als ein Instrument der politischen Rechten im Kampf gegen die demokratische Ordnung,

Handlungskompetenz

20. erkennen in politischen Mythen eine mögliche Gefahrenquelle für die demokratische Ordnung und beachten dieses im Rahmen ihres politischen Denkens und Handelns.